

Hannelore Kohl

**Redebeitrag** anlässlich der Gedenkveranstaltung in Stralsund zur Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Sehr geehrte Anwesende,

als mich Frau Drescher fragte, ob ich bereit wäre, bei dieser Veranstaltung heute zu sprechen, habe ich sehr gerne zugesagt – hat sie mit ihrer Anfrage bei mir doch gleich mehrere Aspekte angesprochen, die mir besonders am Herzen liegen und an die ich anknüpfen kann:

Zum einen erklärt sich dies aus meiner beruflichen Tätigkeit als Verwaltungs- und schließlich auch Verfassungsrichterin. In einer solchen beruflichen Aufgabe wird tagtäglich die Bedeutung eines freiheitlich verfassten Gemeinwesens vermittelt, dessen Grundlage – bei allen politischen Diskussionen um die richtigen Wege zur Gestaltung des Staatsaufbaus und der Gesellschaftsordnung im Allgemeinen und von Regelungen für die verschiedensten Lebensbereiche im Einzelnen – die verfassungsrechtlich abgesicherte Anerkennung, Wahrung und Verteidigung von allgemeinen Menschenrechten und Grundwerten bildet, die nicht verhandelbar sind.

Zum zweiten ist es mein Engagement in der bundesweiten Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. – schon der Name spricht für sich und lässt erkennen, weshalb ich heute hier stehe. Hier finden sich inzwischen mehr als 2.000 Mitglieder in rund 40 regionalen Arbeitsgruppen zusammen, die historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie verbinden und in verschiedensten Projekten sowie jährlich mit regelmäßig über 500 Veranstaltungen aktiv sind.

Und zum dritten ist es die Aufgabe als Vorstandsvorsitzende der Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern; in dieser ehrenamtlichen Funktion, die ich in meinem „Unruhestand“ übernommen habe, habe ich nicht nur die riesige Bandbreite an Lebenssachverhalten kennengelernt, in der sich uneigennütziges gesellschaftliches Engagement zeigt, sondern auch die Intensität und Einsatzbereitschaft wahrgenommen, mit der sich viele Menschen einer Aufgabe widmen – nicht vorrangig um des eigenen Vorteils willen, sondern weil sie die Aufgabe für das Zusammenleben der Menschen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt als wichtig – wenn nicht gar unverzichtbar – erkennen. Für diesen Ansatz steht in besonderer Weise der

Mitveranstalter der heutigen Veranstaltung, die „Selbsthilfegruppe Stasiopfer - Stralsunder Aufarbeitungsinitiative“. Mag der Anstoß für die Mitwirkung in dieser Gruppe auch in persönlichen – leidvollen – Erfahrungen liegen, so geht die Intention doch darüber hinaus: es ist für uns alle als Gemeinschaft wichtig, dass Betroffene ihre Erfahrungen offenbaren, sodass ihr Schicksal überhaupt bekannt wird; eine den Betroffenen auferlegte Schweigeverpflichtung über das Erlebte war ja in der Regel Bestandteil der staatlichen Unterdrückungsmechanismen der DDR. Die Offenlegung ist nicht nur für das Empfinden der Betroffenen wichtig, gehört und überhaupt als Opfer von Unrecht wahrgenommen zu werden, und damit für deren Selbstwertgefühl; erst sie versetzt die Gesellschaft in die Lage, nach angemessenen Wegen suchen zu können, das erfahrene Leid zu lindern, wo und soweit das nachträglich überhaupt möglich ist. Zum anderen ist das Offenbarte zugleich Mahnung und Warnung vor Wiederholung. Mag auch die Zahl der noch lebenden direkt Betroffenen und unmittelbaren Zeitzeugen der Geschehnisse des 17. Juni 1953 von Jahr zu Jahr abnehmen, so gibt es doch noch die vielen Menschen als betroffene Zeugen, die in den Folgejahren zu Opfern des Systems wurden.

Ich bin froh, dass sich die Pandemie-Situation so weit entspannt hat, dass wir uns hier von Angesicht zu Angesicht versammeln können. Mit der Vorstellung, eine solche Gedenkveranstaltung rein digital durchzuführen, könnte ich mich schwerlich anfreunden – denn in diesem Format ginge ein wesentlicher Teil dessen verloren, was Sie, was wir alle mit unserer gleichzeitigen Anwesenheit an gerade diesem Ort und gerade heute zum Ausdruck bringen wollen: wir wollen gemeinsam die Erinnerung wachhalten an eines der prägendsten und bedeutendsten Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte – und damit zugleich die Erinnerung ganz konkret an die einzelnen Menschen, die sich damals gegen eine zunehmend alle Lebensbereiche erfassende ideologische Bevormundung wehrten. Anfänglich entzündet an der Unzufriedenheit mit den in jeder Hinsicht unzulänglichen realen Lebensbedingungen und der Verbitterung über immer weiter steigende Arbeitsanforderungen, wurden die Forderungen sehr schnell politischer und richteten sich auf Demokratisierung, freie Wahlen, Wahrung von Grundrechten bis hin zur deutschen Wiedervereinigung. Die Menschen wollten ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Sie machten mit ihren Parolen den Widerspruch bewusst zwischen auf der einen Seite den Verheißungen im Namen des Staates (es sollte ja eine „**demokratische** Republik“ sein) und dem geschriebenen Recht – die erste DDR-Verfassung von 1949 enthielt durchaus umfassende Grund- und Bürgerrechte und versprach u.a. allgemeine, gleiche, unmittelbare und geheime

Wahlen – und auf der anderen Seite der Wirklichkeit; schon die Wahlen 1950 sahen anders aus und die fortschreitende Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die “Diktatur des Proletariats“ ließ für echte demokratische Mitwirkung keinen Raum. Und schon in dieser ersten Verfassung finden sich – für eine Verfassung eher ungewöhnlich – Straftatbestände, die unmittelbar angewendet wurden und in ihren vagen Formulierungen wie z.B. „Boykotthetze“ einen offenen Rahmen boten für gezieltes Vorgehen gegen Gegner des Regimes unter Vorwänden aller Art.

Ich brauche vor diesem Zuhörerkreis die Abläufe im Juni 1953 und deren Vorgeschichte seit der Staatsgründung nicht im Einzelnen vorzutragen; Sie alle wissen, welche dynamische Bewegung sich dann in den wenigen Tagen um den 17. Juni 1953 herum entwickelt hat - fortschreitend zum Generalstreik und schließlich zum Volksaufstand. Im Norden der DDR standen vorwiegend die Küstenstädte mit ihren Werften und entsprechend großen Belegschaften an Industriearbeitern im Mittelpunkt – darunter auch Stralsund. Gleichwohl: dieser Volksaufstand war auch hier kein alleiniger Arbeiteraufstand, er fand auch im ländlichen Raum und in kleineren Gemeinden statt unter Beteiligung von Arbeitern, Bauern, Schülern, Studierenden und Intelligenz – wie inzwischen auf die Region bezogene Forschungsarbeiten sehr gut belegen.

Und genauso gut wissen Sie, wie es weitergegangen ist – dass die Hoffnungen auf eine wahrhaft demokratische Entwicklung im wörtlichsten Sinne „zerschlagen“ wurden, weil diese Bewegung des 17. Juni von der Staatsmacht mit Hilfe sowjetischer Truppen blutig niedergeschlagen wurde, und welche Entwicklung der Staat „Deutsche Demokratische Republik“ genommen hat. Es klänge aus meinem Mund sicher merkwürdig, wenn ich – die ich in Westdeutschland geboren und aufgewachsen bin und erst seit 1997 in Mecklenburg-Vorpommern lebe – Ihnen erzählen wollte, wie das Leben in der DDR war – mit all den unterschiedlichen Erfahrungen, die man als Bürgerin und Bürger machen konnte – oder eben auch musste – und seinen Widersprüchen.

Es ist richtig, dass an dem Gedenken an jene Tage im Sommer 1953 festgehalten wird, auch wenn die seitdem vergangenen Jahrzehnte und die Ereignisse seit Mitte der 80er Jahre bis zum Herbst 1989, die schließlich zur deutschen Wiedervereinigung geführt haben, inzwischen in der öffentlichen Wahrnehmung die Erinnerung an den 17. Juni 1953 weitgehend überlagern. Denn ohne dieses vorangegangene Geschehen lassen sich spätere Entwicklungen nicht erklären: die Fluchtbewegungen („Abstimmung mit den Füßen“), der Bau der Mauer 1961, die systematische Verfolgung Andersdenkender, die wachsenden Proteste

gegen das Regime, die schließlich in eine friedliche Revolution münden konnten. Zugleich gilt unser Gedenken auch – wie es in der Einladung zur heutigen Veranstaltung heißt – den Menschen, die unter der kommunistischen Gewaltherrschaft zu Tode kamen, die in Haft waren, deren Leben durch die Verfolgung beschädigt wurde, die mutig Widerstand leisteten. Sie dürfen und sollen nicht vergessen werden.

Dieses gemeinsame Erinnern an das, wofür der 17. Juni 1953 steht – nämlich die Bedeutung eines freiheitlichen demokratischen und sozialen Rechtsstaates –, weiterhin in einer öffentlichen Gedenkstunde sichtbar zu machen, scheint mir aber noch aus anderen Gründen wichtig: Wir müssen heute feststellen, dass Teile der Bevölkerung mit Begriffen wie „Corona- oder Merkel-Diktatur“, „Denkverbote“, „Lügenpresse“, „Abschaffung der Meinungsfreiheit“ u.ä. hantieren; sie scheuen sich nicht vor strafrechtlich relevanten Formulierungen und verbreiten abstruse Verschwörungsszenarien – mit dem Ausdruck „Verschwörungstheorien“ würde man solchen Ideen einen völlig unangebrachten wissenschaftlichen Anstrich verleihen, deshalb suche ich ihn zu vermeiden. Dabei werden in teilweise absurder und zynischer Weise bewusst irreführende, zumindest aber unreflektierte Vergleiche mit den leidvollen Erfahrungen der überwundenen Diktaturen des vergangenen 20. Jahrhunderts gezogen bis hin zur Instrumentalisierung nationalsozialistischer Verbrechen – damit werden diejenigen verhöhnt, die wirkliche Repressionen erlitten haben, ihrer Würde beraubt oder gar ums Leben gebracht wurden.

Zudem können Gedenkveranstaltungen wie die heutige und Berichte darüber es ermöglichen, mit jungen Menschen ins Gespräch zu kommen über Demokratie, die Grundwerte einer freiheitlichen Gesellschaft und ihre Bedeutung – und über die Verantwortung jedes und jeder Einzelnen für ihre Bewahrung. Es ließe sich ein Bogen von Protesten und Freiheitsbewegungen spannen von 1953 bis zur aktuellen Betrachtung des Weltgeschehens (ich nenne nur beispielhaft Myanmar, Chinas Vorgehen in Hongkong und gegen die Uiguren, das Vorgehen gegen Oppositionelle in Russland und insbesondere in Weißrussland oder das Geschehen in Syrien als Stichworte – auch Mitgliedstaaten der EU sind nicht gefeit gegen Missachtung grundlegender Freiheitsrechte selbst dann, wenn sie sich vertraglich zu deren Einhaltung verpflichtet haben – „Illiberale Demokratie“). Dabei habe ich ganz viele andere Stationen ausgelassen.... Wem all diese Berichte über Geschehnisse in fernen Regionen viel zu weit weg liegen, wen sie deswegen nicht zu berühren scheinen, der wird vielleicht durch den konkreten Rückblick auf Ereignisse aus unserer eigenen, gar nicht so lange

zurückliegenden Vergangenheit dann doch nachdenklich gemacht und aufgeweckt.

Lassen Sie uns also gemeinsam dafür arbeiten, dass aus diesem Nachdenken dann doch bei viel mehr Menschen die Bereitschaft erwächst, nicht nur kritisch oder gar hämisch kommentierender Zuschauer auf der Galerie – oder auch auf Plätzen im 1. Rang oder gar in der Loge – zu bleiben, sondern auf der Bühne selbst mitzuspielen und sich in die Gestaltung unseres demokratischen Gemeinwesens aktiv einzubringen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!